"Personalmangel wächst": Wie man in der Ukraine Dienstverweigerer, Frauen und Gefangene mobilisiert

3 Juli 2022 14:19 Uhr

Der Ukraine fehlt es an Militärpersonal: Das Verteidigungsministerium des Landes rekrutiert immer mehr Zivilisten, darunter auch Häftlinge und Frauen. RT sprach mit einem Mitarbeiter des ukrainischen Rekrutierungsbüros und Wehrpflichtigen, die sich vor den Behörden verstecken.



Quelle: Gettyimages.ru © NurPhoto / Kontributor Symbolbild: Ukrainische Rekruten

Eine regelrechte Jagd auf Wehrpflichtige herrscht in der Ukraine. Hätte früher ein Rekrutierungsoffizier einen jungen Mann vorladen müssen, so kann diese Aufgabe jetzt von Vertretern der lokalen Behörden übernommen werden. Man kommt zum Amt, um irgendeine Art von Bescheinigung zu erhalten, und erhält zusätzlich eine Vorladung.

Der Polizei ist es erlaubt, Bürger auf der Straße festzunehmen und sie zum Kreiswehrersatzamt (KWEA) zu bringen. Höhepunkt dieser zivilen Politik ist eine Geschichte von Mitte Juni aus Odessa. In einer städtischen Vergnügungseinrichtung am Strand hatte ein junges Paar Sex in der Öffentlichkeit. Das Video kam ins Internet und erregte die Aufmerksamkeit der Strafverfolgungsbehörden. Fachleute stellten schnell fest, dass die Helden des Videos für den Militärdienst geeignet sind.

Die Täter waren schnell gefunden und sollten an die Front geschickt werden. Sergei Bratchuk, der Leiter der Militärverwaltung der Stadt, hat sogar Rechenschaft darüber abgelegt. Doch später stellte sich heraus, dass der junge Mann ein Ausländer war und somit nicht mobilisierungspflichtig. Daraufhin wurde ein Strafverfahren wegen groben Unfugs gegen das Paar eingeleitet. Jetzt drohen ihnen bis zu fünf Jahre Gefängnis. Bratchuk hat nicht genau verdeutlicht, wie dem Ausländer die Vorladung zugestellt wurde.

"Taktvolle" Einberufung

Ebenfalls empört sind die ukrainischen Bürger über die Taktik der militärischen Registrierungs- und Rekrutierungsbüros. Deren Mitarbeiter bringen jetzt die Vorladungen nicht mehr nach Hause, sondern fangen Menschen im wehrpflichtigen Alter auf der Straße, in Cafés, bei Partys und an Stränden ab. Als ukrainische Anwälte die Rechtmäßigkeit solcher Aktionen zu prüfen begannen, stellte sich heraus, dass das Gesetz rechtzeitig abgeändert worden war und kein Verstoß vorlag.

"Während der landesweiten Mobilisierung können in der Ukraine Vorladungen überall persönlich übergeben werden: auf der Straße, an Kontrollpunkten und am Arbeitsplatz",

erklärte der in Kiew ansässige Anwalt Maxim Lapschin die Situation in den sozialen Medien.

RT hat Kontakt zu Viktor Petrenko (Vor- und Nachname auf Wunsch des Gesprächspartners geändert – Anm. d. Red.) aufgenommen, einem derzeitigen Mitarbeiter eines KWEA. Er bestätigte, dass Vorladungen an alle Personen im wehrpflichtigen Alter auf der Straße verteilt werden:

"Die Ukraine benötigt frische Manneskraft. Aus diesem Grund erfolgt die Mobilisierung von Neuberufenen an erster Stelle. Sie erhalten Vorladungen an öffentlichen Orten (das weiß jeder): in Einkaufszentren,

Erholungsgebieten, an Tankstellen – es spielt keine Rolle. Das vorgegebene Ziel ist, möglichst viele von ihnen zu rekrutieren, um eine militärische Reserve zu bilden".

Laut dem pensionierten FSB-General Alexander Michailow sind die ukrainischen Behörden zu solch extremen Maßnahmen übergegangen, weil sich die Bürger massenhaft der Wehrpflicht entziehen und nicht bereit sind, in den Krieg zu ziehen.

"Wo auch immer sie gefasst werden, dort erhalten sie die Vorladung. Und das aus Verzweiflung, weil die Staatsführung unausgewogen ist und sie (die Regierung und das ukrainische Verteidigungsministerium – Anm. d. Red.) die Gesetzgebung an die Realitäten ihres heutigen Lebens anpassen. Die Zahl der Deserteure und Dienstverweigerer in der Ukraine ist riesig. Wie sollen sie gefasst werden? Deshalb sind sie (die ukrainische Regierung und das Verteidigungsministerium – Anm. d. Red.) jetzt dabei, ein Regelwerk zu schaffen, um zumindest einen Mechanismus für die Einberufung von Menschen in die Armee zu haben".

erklärte Michailow.

Mykola, ein Einwohner von Saporoschje, erzählte *RT* seine Geschichte, als er und sein Bekannter während eines Ausflugs in eine andere Siedlung an einem Kontrollpunkt angehalten und aufgefordert wurden, Wehrpässe vorzuzeigen:

"Das Gespräch endete damit, dass wir mit einer Auflage entlassen wurden, uns dringend beim KWEA zu registrieren, um die entsprechenden Dokumente zu erhalten, die man vor der Ableistung des Militärdienstes benötigt. Jetzt verstecken wir uns in einem kleinen Dorf. Ausgehen tun wir nur selten, und in die Stadt oder durch die Kontrollpunkte zu fahren, kommt gar nicht in Frage".

Heute kann ein Strafverfahren gegen diesen jungen Mann eingeleitet werden. Er weiß davon und zieht es trotzdem vor, sich vor der Armee zu verstecken.

Vorladung in der Hafenstadt

Die Menschen in Odessa haben sich daran gewöhnt, dass täglich Vorladungen auf der Straße verteilt werden und widersetzen sich den Behörden so gut sie können. Die Kriegsdienstverweigerer von Odessa haben einen Telegram-Kanal eingerichtet, in dem sie in Echtzeit mitteilen, wo Patrouillen und Mitarbeiter der KWEA im Einsatz sind.

Die Behörden von Odessa setzen auch eine effektive Taktik ein – die Begehung von Wohnungen. Sie suchen nicht gezielt nach einem bestimmten Wehrpflichtigen an einer bestimmten Adresse, sondern sammeln Daten zu allen Mietern. Sie klopfen an alle Türen und verlangen die Ausweise aller im Haus lebenden Männer. Bei Weigerung wird eine strafrechtliche Verfolgung angedroht. Hat man die Person an ihrem Wohnsitz nicht angetroffen, kleben sie die Vorladung direkt an die Wohnungstür.

Um Skandale auf den Straßen und an öffentlichen Plätzen zu vermeiden, werden die Bürger unter jedem Vorwand zur Polizeiwache gebeten, z. B. zur Überprüfung von Dokumenten, bei geringfügigen Verstößen gegen die öffentliche Ordnung, gegen Verkehrsregeln, bei überfälligen Zahlungen von Krediten oder Stromrechnungen und so weiter.

Video: Zwangsrekrutierung eines Urlaubers im westukrainischen Mukatschewo, mit zustimmenden Kommentaren der Einwohner

Der Gesundheitszustand der Einberufenen und der mobilisierten Männer stört die Mediziner nicht allzu sehr. Ein Mann aus Odessa namens Jewgeni erhielt die Vorladung auf offener Straße. Er kam absichtlich betrunken zum KWEA. Dennoch wurde er zur medizinischen Kommission geschickt.

"Zunächst wird abgeklärt, ob man bereits im Dienst war oder nicht. Wenn nicht, so wird man zur medizinischen Untersuchung geschickt. Es gibt nur vier Ärzte: einen Chirurg, einen Neurologe, einen Psychiater und einen Augenarzt. Untersuchungen werden nicht durchgeführt. Die Ärzte stellen ausschließlich Fragen, ob alles in Ordnung sei und das war's",

sagte Jewgeni gegenüber RT.

Jewgeni wurde für diensttauglich erklärt, nach Hause geschickt und aufgefordert, sich am nächsten Tag beim KWEA zu melden. Nüchtern. Nun ist Jewgeni auf der Flucht.

Frauensache?

Um die Einberufung und Mobilisierung von Frauen zu gewährleisten, wurde der Geltungsbereich des Gesetzes Ende letzten Jahres erweitert. Danach trat das Gesetz in Kraft, nach dem sich Frauen im Alter von 18 bis 60 Jahren und aus bestimmten Berufen selbständig auf die Einberufungsliste setzen müssen.

Diese Gesetzesinitiative wurde von Wladimir Selenskij persönlich in die obere Parlamentskammer eingebracht und schließlich auch angenommen. Und im Dezember 2021 veröffentlichte das ukrainische Verteidigungsministerium den Erlass 1566/37188 'Über die Verabschiedung der Liste von Berufen und (oder) Professionen, die den jeweiligen militärischen Spezialgebieten entsprechen, nach Erlangung derer die Frauen in das militärische Register der wehrpflichtigen Personen eingetragen werden'.

Nach diesem Befehl unterliegen Frauen aus Dutzenden von Berufen der militärischen Registrierung, einschließlich der Angestellten verschiedener Ebenen der Judikative und Exekutive, von Gerichtsschreibern und Büroangestellten bis hin zu Staatsanwälten.

Doch auch Frauen aus rein zivilen Berufen sind auf der Liste der Wehrdienstpflichtigen zu finden: Leiterinnen von Werbe- und Public-Relations-Abteilungen, Mangerinnen aus der Medien- und Werbebranche, Analystinnen von Informationen, Redakteurinnen, Journalistinnen und eine Reihe anderer.

Nach Ansicht des Militärexperten Wiktor Litowkin können Frauen dieser Berufe nur als Angestellte des Verteidigungsministeriums für zivile Positionen eingesetzt werden, was aber nicht ausschließt, dass sie auch an der Front landen können.

"Frauen aus diesen Berufen sind keine Armeeangehörigen und keine Wehrpflichtigen, aber sie können auf Anordnung des Präsidenten zur Armee eingezogen werden. Sie sind keine Kombattanten, sie sollten nicht zu den Waffen greifen und an Kampfhandlungen teilnehmen, aber sie können zu Kampfeinheiten eingeteilt werden",

betonte der Experte.

Nach dem neuen Gesetz müssen sich Frauen mit den aufgeführten Berufen bis zum 31. Dezember 2022 freiwillig in das Militärregister eintragen. Andernfalls droht ihnen eine Geldstrafe.

Außerdem können die Frauen der oben genannten Berufe keinen neue Stelle bekommen, ohne den Wehrpass oder einen von der Militärregistrierungsbehörde ausgestellten vorläufigen Ausweis zu besitzen.

Wie die zivile Reserve der Frauen eingesetzt wird, ist nicht genau bekannt, doch sollte es zu einem Einsatz an der Front kommen, wird dieses Personal einfach nicht in der Lage sein, seine Aufgaben effektiv zu erfüllen, davon ist Alexander Michailow überzeugt. Der pensionierte FSB-General stellt rhetorische Fragen:

"Der Beruf des Soldaten erfordert bestimmte Qualifikationen und Fähigkeiten. Und welche Aufgaben haben die PR-Mitarbeiter oder Programmierer? Sind sie Experten in der Informationskriegsführung? Werbefachleute, die Frauenstrumpfhosen verkaufen, haben nichts mit Informationskriegsführung zu tun, sie wissen nichts darüber".

Vollständige Grundausstattung

In einzelnen Gegenden der Ukraine wird bereits seit einigen Monaten die freiwillige Rekrutierung von Frauen popularisiert, in sogenannte Truppen der Selbstverteidigung und in Landwehr, die auch an die Front geschickt werden sollen. So kündigte der Bürgermeister von Iwano-Frankowsk bereits im April die Rekrutierung von Mädchen und Frauen in das Bataillon "Karpaten-Heerlager" an und erklärte, dass sie "gleichberechtigt mit den Männern dienen werden".

Mobilisierte Freiwillige werden eingeteilt. Die einen werden zu schnellen Eingreiftruppen geschickt, um verschiedene Einrichtungen im Hinterland zu bewachen, die anderen werden für die Front vorbereitet.

Der schon erwähnte Angestellte eines KWEA Viktor Petrenko bekundet gegenüber RT:

"Ein Teil der Leute wird definitiv in Trainingslager geschickt. Dort erhalten sie ein Training durch NATO-Ausbilder oder die Militärs der Ukraine. Anschließend kommen sie in die Zone der Kampfhandlungen".

Die letzten Wellen

Die massenhafte Einberufung in die ukrainische Armee ist mit hohen Verlusten an der Front verbunden, sagen die Experten. Bereits jetzt sind die Kampfeinheiten der ukrainischen Streitkräfte mit Menschen besetzt, die keine Erfahrung im Militärdienst haben.

"Nimmt man die 36. Marinebrigade, so haben nur einzelne ihres Kontingents einen Abschluss an einer militärischen Berufsschule gemacht, der Rest wurde zwischen 2014 und 2018 mobilisiert. In manchen Einheiten sind mindestens 80 Prozent des Personals Mobilisierte der letzten Wellen. Unter ihnen sind auch Frauen. Das ist ein wahres Kanonenfutter",

sagt der politische Analyst Sergei Karnauchow.

Ähnlich Wiktor Baranets, ein Militärexperte und Oberst in Reserve, gegenüber RT:

"Bereits drei Mobilisierungen haben stattgefunden (seit Beginn der Spezialoperation – Anm. d. Red.). Junge Männer im wehrpflichtigen Alter sind nach Polen, Deutschland und anderswohin geeilt. Man schaffte es, 70.000 bis 80.000 zusammenzukratzen. Dann gab es eine zweite und eine dritte Welle. Doch diese [Rekruten] verteilten sich auf die Landwehr".

Seit Beginn der Spezialoperation hat das ukrainische Kommando sogenannte Landwehr-Bataillone gebildet. Diese Einheiten bewaffneter Laien sollten für die Ordnung und die Verteidigung ihrer Städte zuständig sein. Im Februar und Anfang März gab es dafür genug Freiwillige, doch als man anfing, die Landwehr an die Front zu verlegen, sank die Zahl dieser Freiwilligen rapide.

Die Landwehr-Bataillone sind am schlechtesten mit Waffen, Transportmitteln, Munition und Nahrungsmitteln ausgestattet. Ihre Kämpfer schreiben regelmäßig wütende Appelle an den Präsidenten, in denen sie sich über die schlechte Organisation des Dienstes und kriminelle Befehle der Kommandeure beschweren. Häufig ist es die Landwehr, die an den gefährlichsten Abschnitten der Front eingesetzt wird. Solche Taktiken sind der Tatsache geschuldet, dass in den ersten Monaten der Spezialoperation eine große Anzahl ausgebildeter ukrainischer Soldaten getötet oder verwundet wurde.

"Es fehlt sowohl an Berufssoldaten als auch an Offizieren. Der Personalmangel in der ukrainischen Armee wird immer größer, denn während der Sonderoperation wurde eine große Anzahl reifer Nazis außer Gefecht gesetzt. Und die Reservisten, die sich gemeldet haben, sind nicht kampftauglich. Das Wichtigste aber ist die Tatsache, dass der Mangel nicht nur beim militärischen Personal, sondern auch bei der Landwehr besteht. Es herrscht solch ein Mangel, dass sogar Frauen zwangsverpflichtet werden",

betont Wiktor Baranets.

Front oder Knast?

Die Sache ist mittlerweile so weit gediehen, dass die ukrainischen Streitkräfte sogar Kriminelle in ihre Reihen aufgenommen haben.

So berichtete der ukrainische Justizminister Denys Maljuka am 17. Mai im Fernsehen:

"363 Menschen wurden aus dem Gefängnis entlassen. Dem ging ein langes Bewertungsverfahren voraus. Wir haben nur diejenigen entlassen, die keine Bedrohung darstellten und bei denen die Möglichkeit des Einsatzes für den Schutz unseres Staates wirklich gegeben war."

Die Taktik "sitze oder kämpfe" wird von den ukrainischen Streitkräften schon seit vielen Jahren angewandt. So ergab sich während der Befreiung der LNR zum Beispiel der ukrainische Soldat Anton Moroz in Rubeschnoje. Es stellte sich heraus, er sei ein Drogenabhängiger mit langem Atem. Im Jahr 2015 wurde er wegen Drogenbesitzes erwischt, aber statt eines Strafverfahrens und einer Gefängnisstrafe wurde ihm angeboten an der Front zu kämpfen. In den Verhören gestand Anton, dass die ukrainischen Kommandeure nicht darauf achten, ob Soldaten und Unteroffiziere Alkohol und Drogen konsumieren, solange sie den Befehlen folgen.

Übersetzt aus dem Russischen